Fernsprech-Stellen
11 Amt., 582 Neust.-Dresden.

Abonnement vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 3,25. — Inserate Marienstr. 18 bis Nachm. 3 Uhr, Sonntags bis 12 Mitt. In Neustadt: Dr. Kleiners, Bautzner Str. an Wochentagen bis 3 Uhr Nachm. Die 1spaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., für Montags oder nach Festtagen 20 Pf. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Annoncen-Aufträge gegen Pränumerandozahlung durch Briefmarken od. Postanweisung. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureaux von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., Invalidendank, [illegible] Hamburg, [illegible] Leipzig. [illegible]

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Königliche
Hofbuchhandlung
von
Hermann Burdach
(Warnatz & Lehmann)
Schloßstraße 18,
gegenüber dem K. Schloss.
Weihnachts-Ausstellung.
Cataloge gratis u. franco.

Lederwaaren-Specialität!
Bernhard Rüdiger,
2 Wilsdruffer Strasse 2,
zunächst dem Altmarkt.

Weihnachts-Geschenke
in reichster Auswahl

Julius Mähler
Dresden
Wilsdrufferstr. 26.
Feine Leder- und Metallwaaren
Album, Fächer
Schmucksachen
Größte Auswahl in allen Preislagen.

Louis Herrmann Nachfolger Robert Hoffmann, Kgl. Hoflief., Seestrasse, gegenüber dem Victoria-Hôtel.

Nr. 344. 30. Jahrgang. Auflage: 41,500 Expl. | Aussichten für den 10. December: Nordwestwind von mittlerer Stärke bei durchschnittlich geringer Bewölkung, ohne wesentliche Niederschläge. Temperatur während der größten Zeit unter Null. | Dresden, 1885. Donnerstag, 10. Decbr.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Beschlußfähig ist der deutsche Reichstag seit seiner Eröffnung nur in der Stunde gewesen, in welcher er sein Präsidium gewählt hat. Seitdem sind zwei Drittel der Bänke leer geblieben. Die meisten Abgeordneten reisten nach Hause und vor Weihnachten werden wohl wenige wieder nach der „Residenz" des Fürsten Bismarck zurückkehren. Eine allgemeine Unlust unter den Abgeordneten ist unverkennbar. Bei den sozialpolitischen Anträgen, über die der Reichstag vorige Woche an drei Sitzungstagen berieth, trat dies recht deutlich hervor. Von den Sozialdemokraten erblickte man höchstens 5—6 als Zuhörer bei einem Gegenstande, den sie sonst in Generalpacht genommen zu haben vorgeben. Und einer ähnlichen Verdrossenheit machten sich auch alle anderen Parteien schuldig. Was wird das Ergebniß dieser Anträge im Sinne des Arbeiterschutzes sein? Mit Ausnahme der Vertreter der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen (Abgg. Baumbach und Dr. Böttcher) bekundeten alle Parteien die arbeiterfreundlichsten Gesinnungen. Ja, selbst die Fortschrittspartei steht nicht mehr völlig auf dem Standpunkte des reinen Manchesterthums. Am dritten Berathungstage erhob sich der Abg. Halben, Oberlehrer in Hamburg, Vertreter eines Holsteinischen Wahlkreises, um zu erklären, daß eine Minderzahl in der Fortschrittspartei mit dem Arbeiterschutz sympathisire. Es existirt also im Reichstage, von den starrsten Konservativen angefangen bis zu den Sozialdemokraten, eine Mehrheit für die Inangriffnahme von wirklichen Arbeiterschutzmaßregeln. Wenn sogar ein Großindustrieller, der polnische Abg. Czegielski, Besitzer der größten Maschinenfabrik Posens und darum ein kompetenter Kenner der Arbeiterzustände, mit Wärme für den Arbeiterschutz eintritt, so ist es Zeit, den genug gewechselten Worten endlich einmal Thaten folgen zu lassen. Ein Umschwung der Stimmung zu Gunsten derselben ist auch bei den Berliner Geheimräthen unverkennbar. Als ihnen der Abg. Lieber den Vorwurf machte, daß sie mit dem weiteren Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung nur sehr zögernd vorgehen, erklärte Geh. Rath v. Bötticher wenigstens seine Absicht, an den Berathungen der Arbeiterschutzgesetze sich energisch betheiligen zu wollen. Ist diese Versicherung mehr als eine bloße Freundlichkeitsäußerung, so stünde es dem Bundesrathe besser an, selbst die Ausarbeitung eines umfassenden Arbeiterschutzgesetzes in die Hand zu nehmen, anstatt sich vom Centrum, den Konservativen, den Polen und den Sozialdemokraten schieben und antreiben zu lassen! Es würde der Welt dann das merkwürdige Schauspiel erspart, daß sich die Reichsregierung des Beifalls und der Unterstützung lediglich der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen erfreut.

Der Widerstand gegen die Arbeiterschutzgesetze und die Einführung eines Normalarbeitstags verkriecht sich hinter den Vorwand, daß dann die Fabrikindustrie sich häufig in Hausindustrie umwandeln würde, die weit schwieriger zu kontroliren sei und mehr Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeitenden mit sich führe, als jene. Letzteres trifft zu. Aber die ganze gewerbliche Entwickelung drängt ja dahin, auch die Hausindustrie den Fabrikinspektoren zu unterstellen! Ein weiterer Einwand gegen den Arbeiterschutz, soweit er in Sonntagsruhe und Verminderung der Arbeitszeit besteht, geht bekanntlich dahin, daß sich dann die Arbeiter eine Verkürzung ihres Lohnes gefallen lassen müßten. Diesen Einwand hatte ja auch Fürst Bismarck vorm Jahre erhoben. Schlagend widerlegte ihn der berühmte Sozialpolitiker des Centrums, der Kaplan Dr. Hitze. Dieser durch ausgezeichnete volkswirthschaftliche Aufsätze bekannte Generalsekretär des „Arbeiterwohls" (eines Verbandes katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde) erklärte: zugegeben, daß der Wochenlohn von sieben Arbeitstagen größer als von sechs, und der Tageslohn von 14 Arbeitsstunden größer als von 11, aber der Rechnung ist nicht der Wochen-, Monats- oder Jahreslohn zu Grunde zu legen, sondern die Lebensleistung, und da ist zweifellos bei Schonung der Arbeitskraft die Leistung von 40 Jahren größer wie die von 10 oder 20. Eine Herabsetzung der Arbeitszeit innerhalb vernünftiger Grenzen muß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters unbedingt steigern. Dr. Hitze lieferte ein geradezu erdrückendes Material, daß der Arbeiterschutz die Moral, die Gesundheit und den Lohn des Arbeiters, sowie die wohlverstandenen Interessen der Industrie selbst gleichmäßig berücksichtigt. In den jetzt gegründeten Berufsgenossenschaften besitzen wir eine treffliche Organisation hierfür. Sie weiter auszubilden, wäre gar nicht so schwierig. Man übertrage ihnen nur als fernere Aufgaben und Befugnisse den Arbeitsnachweis, die Ordnung des Lehrlingswesens, die Festsetzung der Fabrikordnungen, die Erstattung wirthschaftlicher Gutachten, und man hat da ein weites Feld für ersprießliche Thätigkeit. Wir haben in Obigem aus den reichen Garben der Reichstagsverhandlungen nur einige wenige Körner herausgepickt und schließen mit der Bemerkung: den treibenden Elementen der Sozialreform, Konservativen, Centrum und Sozialdemokraten ist es heiliger Ernst mit der Arbeiterschutzgesetzgebung! Was sie erstreben, legten sie in wohldurchdachten sachlich begründeten und ausführbaren Gesetzesvorschlägen von mehr oder größerem Umfange vor. Wenn dem Reichstag in dieser Frage allein über 100 Petitionen mit über 800,000 Unterschriften überreicht wurden, so kann auch der Bundesrath unmöglich eine so großartige Kundgebung übersehen. Mit dem beliebten Mittel der Enquete bleibe man uns gefälligst vom Halse! Man wird ja sehen, welche Parteien und Personen sich abermals für dieses Verschleppungsmanöver begeistern. Möchten sich die Berliner Geheimräthe nicht darunter befinden!

Das große Ereigniß der äußeren Politik ist die vom Minister des Aeußern, Hrn. v. Freycinet, im französischen Ministerrathe erfolgte Erklärung, daß der Friede zwischen Bulgarien und Serbien gesichert sei. Das Handschreiben des Kaisers von Oesterreich hat also gewirkt. Denn bisher beschuldigten sich die feindlichen Brüder gegenseitig, unannehmbare Bedingungen für die Waffenruhe oder, was auf dasselbe hinausläuft, für den Frieden gestellt zu haben. Die Kriegslust der Serben hatte schon in den letzten Tagen einer **mehr nüchternen Auffassung der Lage Platz gemacht**; man sah ein, daß ein rascher Friedensschluß, falls er nicht zu drückend ausfiele, dem fraglichen Kriegsglücke vorzuziehen sei. Auch König Milan wünscht den Frieden. Es wird versichert, daß Oesterreich das Recht des Fürsten Alexander, eine mäßige Kriegsentschädigung zu beanspruchen, anerkenne. Allzuviel wird er wohl kaum fordern, denn Serbien ist ein armes Land, das schon vor der leichtfertigen Kriegserklärung sich nicht in glänzenden finanziellen Verhältnissen befand und dem jetzt, nach den Kriegsopfern, nicht zu viel abzunehmen ist. Nicht unbillig wäre es, wenn die Ungarn zu einem Beitrage für die bulgarische Kriegskostenentschädigung herangezogen würden; denn ihre Aufhetzereien bewogen hauptsächlich den Serbenkönig, das Schwert zu ziehen. Eine rasche Beendigung des Krieges liegt schon deshalb im allgemeinen europäischen Interesse, damit sich nicht der Gegensatz zwischen Oesterreich und Rußland vertiefe. Die russische Presse führt eine an Wahnsinn grenzende heftige Sprache gegen Oesterreich. Von den „liebkosenden warmen Wellen des Bosporusmeeres bis zu den vereisten Küsten des Weißen Meeres", wie die russische Phrase lautet, redet sich Rußland in immer heftigeren Zorn gegen Oesterreich hinein. Im Wiener Stefansdome solle man das große panslavistische Reich proklamiren; in Belgrad „sei eine Königsstelle zu besetzen" und was dergleichen Ausbrüche mehr sind. An der dauernden Entfremdung Oesterreichs und Rußlands hat Niemand mehr Interesse und Freude, als England. Unverhohlen äußert die englische Presse, soweit sie noch für etwas anderes, als Wahlangelegenheit Sinn hat, ihre helle Schadenfreude zu der unverkennbaren Trübung der österreichisch-russischen Freundschaft; sie sieht das Dreikaiserbündniß bereits gesprengt. Ein Zusammenstoß zwischen Rußland und Oesterreich in Europa bedeutet für England so viel als: freie Hand an allen Punkten außerhalb Europas. Dieser egoistische Zug der englischen Politik ist ebenso friedensgefährlich, als leicht zu durchschauen. Mag Lord Salisbury am Ruder bleiben oder Gladstone das Steuer führen — in dieser selbstsüchtigen Politik ist ganz England eins und kein Unterschied zwischen Tories und Whiggs. Um so mehr liegt die dringliche Nothwendigkeit auf der Hand, durch raschen Friedensschluß diese egoistische Politik der Engländer zu durchkreuzen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 9. Decbr.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht zunächst die von dem Abg. v. Köller in Gemeinschaft mit den Konservativen beantragte Novelle zum Reichsbeamtengesetz (Regelung der Pensionsverhältnisse der Reichsbeamten). Abg. v. Köller (kons.): Für uns ist es besonders wichtig, daß das Gesetz überhaupt zu Stande komme. Ich richte deshalb an die Regierung die Frage, ob sie die von mehreren Seiten beantragte Verleihung rückwirkender Kraft acceptiren oder ob sie darin eine solche Verschlechterung erblicken würde, durch welche das Zustandekommen des Gesetzes überhaupt fraglich würde. — Staatssekretär v. Burchard erklärt, nicht in der Lage zu sein, eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben, wie sich die verbündeten Regierungen zu den eingebrachten Unteranträgen stellen werden. Es liege übrigens kein Grund zu der Annahme vor, daß die verbündeten Regierungen heute eine andere Stellung zu der ganzen Angelegenheit einnehmen sollten als früher. — Abg. Rintelen (Centrum) bemerkt, daß die Mitglieder des Reichsgerichts in Bezug auf die Pensionen heute besser gestellt seien, als dies nach dem Antrage Köller's der Fall sein würde. Er bittet daher die Mitglieder des Reichsgerichts ausdrücklich auszunehmen. Der Reichstag nahm das Gesetz endgiltig in dritter Lesung an. Die Novelle, welche die Reichsbeamten bezüglich ihrer Pensionsverhältnisse mit den preußischen Beamten gleichstellt, erhielt entsprechend den Anträgen Pfafferott's, Francke's, v. Köller's und Rintelen's einige Zusätze, wonach das Gesetz hier schon als mit dem 1. April 1882 in Kraft gesetzt gilt (also rückwirkende Kraft gewinnt) und wonach ferner die Beamten, die bezüglich ihrer Pensionsverhältnisse besser gestellt sind, als sie nach der Novelle gestellt sein würden, derselben nicht unterliegen. Ein bezüglicher Zusatz wurde namentlich zu Gunsten der Reichsgerichtsmitglieder aufgenommen. Abgg. Rickert und Windthorst schoben daraufhin die Verantwortung für ein eventuelles Nichtzustandekommen des Gesetzes der Regierung zu. Abg. Ackermann erklärte, daß wenn seitens der Regierungen die Erklärung abgegeben worden wäre, daß durch Aufnahme der rückwirkenden Kraft, das Gesetz für sie unannehmbar geworden wäre, so würde er im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes gegen die rückwirkende Kraft desselben gestimmt haben. Die Antwort des Staatssekretärs gewähre ihm aber in diesem Punkte volle Freiheit, er stimme daher für die Rückwirkung. Nach Erledigung dieses Gegenstandes begründete Abg. v. Helldorf den Antrag der Konservativen auf Verlängerung der Reichstagswahlperiode von 3 auf 5 Jahre. Abg. v. Helldorf wies besonders auf die schädlichen Wirkungen hin, welche häufige Wahlen auf die Moral ausüben, ebenso leide die Gesetzgebung selbst darunter. In die Wahlen werde mehr und mehr ein persönliches Element gebracht und mit der Wahrheit werde es in der Wahlbewegung nicht genau genommen, auch werde die politische Arbeit durch die Agitation ausgesogen. In das politische Leben müsse wieder mehr Stetigkeit kommen. Redner kritisirte gleichzeitig die Wirkung der Presse und deren parteiische Berichterstattung. — Abg. Kayser begründet dagegen den sozialdemokratischen Antrag auf Verminderung der Legislaturperiode auf 2 Jahre. Das Volk müsse immer mit zu reden haben und dürfte sich das Mitredrecht nicht beschränken lassen. Der Reichstag sei der einzige Ort, wo sich der kleine Mann Gehör verschaffen könne. Für ihn sei die Wahl keine Last, sondern ein Recht, dessen Werth steige, je mehr es ausgeübt werde. Die Volksvertretung bedürfe der Auffrischung, sonst komme Stickluft hinein. Morgen findet Weiterberathung statt, außerdem Etatsberathung. — Fürst Bismarck war durch Gesichtsschmerzen heute am Erscheinen im Reichstage verhindert. — Die Budgetkommission des Reichstages nahm heute den sächsischen Militäretat mit Herabsetzung der Kommandozulagen und Haferrationen an, analog den zu dem preußischen Etat gefaßten bezüglichen Beschlüssen.

Die Berliner Börse eröffnete fest und ziemlich belebt, besonders bestand für Banken, Bahnen und Bergwerke eine lebhafte Nachfrage. Von leitenden Banken standen Kredit und Diskonto im Vordergrunde. Eine günstige Dividendenschätzung steigerte auf dem Gebiete der Bahnen Lübeck-Büchner. Oesterreich. Bahnen waren von der Spekulation bevorzugt, besonders Franzosen und Elbethal. Montanwerthe waren auf bessere Eisenberichte höher, Renten fest. Die unbegründete Nachricht vom Tode des amerikanischen Eisenbahnkönigs Vanderbilt brachte vorübergehend Abschwächung. Der Kassaverkehr war durchweg fest, Industrien besser beachtet als sonst, Solbrig 1¾ Prozent höher, österreichische Prioritäten lebhafter, besonders Goldprioritäten. Privatdiskont 3 Proz.

Frankfurt a. M., 9. December. Kredit 235⅝, Staatsbahn 223, Lombarden 103, Galizier 183½, Egypter 64,68, 4proc. Ungar. Goldrente 74,95, Gotthardbahn —,—, Diskonto 203,00, Darmstädter —. Fest.

Wien, 9. December. Kredit 291,30, Staatsbahn 276,50, Lombarden 135,25, Nordwestb. 170,75, Markcoten 617,75, Ung. Kredit 294,25. Günstig.

Paris, 9. Decbr. Schluß. Rente 81,60, Anleihe 109,07, Italiener 97,10, Staatsbahn 563¾, Lombarden —,—, do. Prioritäten —,—, Spanier 53,43, Oest. Goldrente —, Egypter 323,00, Ottomanen 504,00. Fest.

London, 9. December, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99¹¹/₁₆, 1873er Russen 93⅞, Italiener 96, Lombarden 11⅛, Konv. Türken 14, 4proc. fundirte Amerikaner 127⅛, 4proc. Ungar. Goldrente 73⅜, Oesterr. Goldrente 87, Preuß. Consols 104,00, Egypter 63⅞, Ottomanbank 97⅛, Suez-Aktien 83¼, Platzdiscont 3⅛. — Stimmung: Behauptet. Wetter: Frost.

Breslau, 9. December, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. December-Januar 37,00, pr. April-Mai 39,40, pr. Mai-Juni 39,80. Roggen pr. April-Mai 136,00, pr. Mai-Juni 132,00. Rüböl loco pr. December 135,00, April-Mai 46,50. Zink fest. — Wetter: Kalt.

Stettin, 9. Dec., Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen unverändert, loco 134—146, pr. December-Januar 155,50, pr. April-Mai 157,50. Roggen unverändert, loco 124—125,00, pr. Decbr.-Jan. 126,00, pr. April-Mai 131,00. Rüböl unverändert, loco pr. Dec.-Januar 45,00, pr. April-Mai 46,00. Spiritus sich befestigend, loco 37,70, pr. Dec.-Januar 38,00, pr. April-Mai 40,20, per Juni-Juli 41,50. Petroleum loco verfteuert Usance 1⅛, Proc 12,10.

London, 9. December. Schluß. Getreide ruhig, stetig. Mehl ruhig. Uebriges träge. — Wetter: Frost.

Lokales und Sächsisches.

— Die Mandelentzündung, an welcher Ihre Majestät die Königin darniederliegt, nimmt einen normalen Verlauf. Das Fieber ist zwar noch beträchtlich hoch, aber zu Besorgnissen ist keinerlei Anlaß gegeben. Möge die allverehrte Landesmutter recht bald sich wieder ihrer vollen Gesundheit erfreuen!

— Im Auftrage Ihrer Majestät der Königin, welche leider wegen Krankheit an's Bett gefesselt ist, erschien gestern Ihrer Majestät Hofdame, Gräfin Einsiedel, im Spielwaarengeschäft von C. W. Dietz, Pillnitzerstraße, Ecke der Cirkusstraße, und machte größere Einkäufe.

— Landtag. In der gestrigen Sitzung der 2. Kammer stand der von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachte Antrag über das Mobiliar-Versicherungswesen zur Verhandlung. Derselbe hat folgenden Wortlaut: Die Kammer wolle die Regierung ersuchen, die Ausdehnung der staatlichen Brandversicherung auf die bewegliche Habe in Erwägung zu ziehen und zu diesem Zwecke zunächst eingehende Nachforschungen über den Stand des Mobiliarversicherungswesens, bez. die Geschäftsthätigkeit der Versicherungsgesellschaften in Sachsen, sowie über die Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung in dieser Richtung anzustellen und das Ergebniß baldmöglichst dem Landtage mitzutheilen. In einstündiger Rede begründet Abg. v. Vollmar den Antrag. Er weist zunächst auf das Beispiel anderer Staaten hin. So sei in Preußen speziell auf Betreiben des Fürsten Bismarck als Handelsminister die Mobiliarversicherung theilweise von den Behörden in die Hand genommen, desgleichen in Oesterreich. Man habe eben eingesehen, daß die Privatversicherungsanstalten keine gemeinnützigen Institute, sondern Spekulationsgesellschaften seien, die allein den Zweck verfolgen, einen möglichst großen Gewinn zu erzielen. Die bayrische Regierung habe neuerdings an 418 Korporationen mehr oder weniger offizieller Art die Frage gerichtet, wie sie sich zu dem Versicherungswesen stellten. Viele der eingegangenen Antworten hätten die Nützlichkeit der Verstaatlichung betont, viele, namentlich landwirthschaftliche Korporationen, sich direkt für die Einführung der staatlichen Versicherung ausgesprochen, ablehnend hätten sich nur die Städte und die Handelskreise verhalten. Man habe sich namentlich beklagt, daß die Aufnahme in eine Privatgesellschaft oft mit großen Schwierigkeiten verbunden sei, daß es Manchem überhaupt nicht möglich wäre, aufgenommen zu werden, und daß die Gesellschaften bei Auszahlung der Entschädigungen meist sehr wenig coulant seien. Weitere Beschwerden richteten sich gegen die Gewissenlosigkeit der Agenten, welche die Leute überredeten, möglichst hoch zu versichern, um möglichst hohe Provisionen zu beziehen. Dazu komme, daß Versicherungen unter 300 Mk. nicht angenommen, daß also gerade die ärmeren Klassen von der Versicherung ausgeschlossen würden. Die von den Gesellschaften gegen diese Beschwerden gebrachten Einwände hätten sich als nicht stichhaltig erwiesen. Wenn sie meinten, daß schon die Konkurrenz diese Uebelstände beseitigen würde, so stände damit in Widerspruch, daß die großen Versicherungsgesellschaften einen Ring bildeten, dem das Publikum waffenlos gegenüberstehe. Bezeichnend für das Geschäftsverfahren der Privatgesellschaften sei es, daß dieselben von 1867 bis 82 nicht weniger als 85 Millionen Mk. an Dividenden gezahlt und 24 Millionen zum Reservefonds gelegt hätten! Eine Enquete würde sicher den Beweis erbringen, daß die Gesellschaften nicht genügten. Abg. Ulrich erklärt sich für einen Gegner der Zwangsversicherung; dagegen könne in Erwägung gezogen werden, ob nicht die freiwillige Mobiliarversicherung vom Staate in die Hand genommen werden solle. Abg. Opitz erkennt die Objektivität an, mit der der Abg. v. Vollmar das von ihm gesammelte reichhaltige Material der Kammer unterbreitet habe. Wundern müsse er sich, daß die Sozialdemokraten jetzt den Staat, den sie bekämpfen, zum Gegenstand wirthschaftlicher Probleme machten. Seine, die konservative Partei halte es für ihre Aufgabe, Anträgen entgegen zu treten, welche den Staat mit Einrichtungen belasten wollten, die ihm nicht zukommen, und verhalte sich deshalb ablehnend gegen den vorliegenden Antrag. Die Absichten des Abg. v. Vollmar seien nur durch die staatliche Zwangsversicherung zu erreichen, dieselbe sei aber ohne schwere Eingriffe in die individuelle Freiheit schlechterdings nicht durchführbar. Mit der Monopolisirung des Versicherungswesens würde der Staat ferner ein kolossales Risiko auf sich laden, wie schon daraus hervorgehe, daß in Sachsen allein 2½ Milliarden Werth bei Privatgesellschaften versichert seien. Eine Besserung der Verhältnisse ließe sich vielleicht dadurch erreichen, daß man die Privatgesellschaften zwinge, ein Normalstatut anzunehmen. Auch ohne den vorliegenden Antrag würde die Kammer den offenbar nicht unbegründeten Beschwerden näher getreten sein und zwar bei der Berathung der Brandversicherungsnovelle. Abg. Heger weist auf die Brandversicherungs-Gesellschaft sächsischer Lehrer hin, bei welcher für 20 Millionen Mark Mobilien versichert seien. Eine Zwangsversicherung sei kaum möglich und auch einer freiwilligen staatlichen Mobiliarversicherung würden mannigfache Schwierigkeiten entgegentreten. Abg. Müller-Colditz ist zwar derselben Meinung, erklärt aber, dennoch für den Antrag stimmen zu wollen, weil die Mißstände in der Mobiliarversicherung so groß und zahlreich seien, daß man ihnen nahe treten müsse. Ob der Antrag nun zu einer staatlichen Versicherung oder zu einer Beaufsichtigung der Privatgesellschaften führe, lasse er dahin gestellt. Vicepräsident Streit erklärt Namens der Fortschrittspartei, daß man dem Antrag, wie er vorliege, keine Folge geben könne. Die Gesetzgebung sei recht wohl im Stande, ohne Verstaatlichung des Versicherungswesens den bestehenden Uebelständen beizukommen. Nach seiner Meinung dürften Versicherungsgesellschaften nur auf Gegenseitigkeit und nicht auf Aktien gegründet werden. Wenn dieser Grundsatz durch die Reichsgesetzgebung einmal ausgesprochen werden würde, dann würden alle die gerügten Uebelstände gehoben sein. Nachdem der Abg. Stolle einen Brief eines Geistlichen (?) verlesen, in welchem

Schlafdecken, Spec.: Kameelhaardecken
empfiehlt W. Metzler, Altmarkt 15. Preisliste gratis u. freo.